

Warum die Wirtschaft die CVP braucht

(Rede anlässlich der Gründungsversammlung der AWG Deutschfreiburg, Düdingen, 12.6.2012)

Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Einladung ins Freiburgische, die mich immer wieder an meine Jahre an der Universität hier erinnert, die immer noch zu den schönsten Jahren meines Lebens zählen.

Dann gratuliere und danke ich Ihnen zu Ihrem Unternehmergeist, eine neue AWG Sektion zu gründen. Die AWG ist eine der wenigen Organisationen der CVP, oder die der CVP nahe steht, die über alle die Jahre seit ihrer Gründung in den 80er Jahren eher steigende Mitglieder- und Sympathisanzahlen verzeichnen durfte. Das zeigt, dass es doch immer noch breite Kreise gäbe und gibt, die unserer Arbeit, unseren Werten und unserer Partei nahe stehen, sofern man sie auch entsprechend pflegt. Und die CVP hat es nötig, dass es die AWG gibt, das versuche ich in den kommenden 15 Minuten auch etwas zu untermauern, ebenso die These, dass der Wirtschaft die CVP gut tut, oder täte, wenn sie sie nur stärker zur Kenntnis nehmen würde, aber das liegt halt auch an uns, dass die Wirtschaft das tut.

Und damit komme ich gleich zur ersten Frage:

Warum braucht die Wirtschaft die CVP?

Es ist eigentlich immer so, dass wenn man so eine Frage überhaupt stellen muss, dann ist offenbar die Sache nicht selbstverständlich. Und das ist zugleich vermutlich eines der Probleme, die die CVP hat. Denn wir haben in den letzten Jahren zunehmend an Einfluss auf die Wirtschaft, und an Kontakten zur Wirtschaft verloren. Viele Unternehmer, Gewerbetreibende, KMU-ler, fühlen sich immer weniger von unserer Politik angesprochen und haben sich zu andern Parteien verabschiedet. An einer Parteiversammlung anlässlich des Wahlkampfs im letzten Jahr sagte unsere ehemalige Bundesrätin Ruth Metzler, allerdings nicht öffentlich: Sie habe bei ihrer Arbeit in der Wirtschaft den Eindruck gewonnen, dass die CVP für die Wirtschaft keine oder nur eine ungenügende Rolle spiele. Das sollte uns zu denken geben, oder vielmehr zu handeln. Das muss nicht sein, schon gar nicht muss das als naturgegeben hingenommen werden. Und gerade die Gründung von AWG Sektionen sind das beste Mittel, um diese Entwicklung zu verändern.

Schliesslich stellte unser ehemaliger Generalsekretär Iwan Rickenbacher an einer andern Veranstaltung die berechtigte Frage, warum es denn so ausgeschlossen sei, dass die CVP, die jetzt auf dem Stand der SVP von 1994 ist, nicht auch so zulegen können sollte wie diese andere Partei. Eine Voraussetzung dafür aber ist, dass wir uns als Partei organisatorisch, strukturell besser aufstellen, wieder stärker werden und strategisch unsere Hausaufgaben machen, wie das bei jedem Unternehmen der Fall sein muss, dass einen erfolgreichen turnaround zum Ziel hat. Das wird ein langer Marsch, aber wer ihn nicht mindestens zu gehen beginnt, kommt nicht einmal vorwärts.

Warum also braucht die Wirtschaft die CVP?

Diese Frage kann man beantworten, wenn man die Charta unserer Vereinigung, der AWG, zur Hand nimmt. Diese Charta ist ein hervorragender Kompass für die Politik.

Die Wirtschaft braucht die CVP aus folgenden Gründen:

1. Weil die CVP eine Wirtschaft will, die auf gesundem Wettbewerb basiert, die Leistung ermöglicht, und Leistung fördert, ohne das als unmenschlich zu betrachten. Wir wollen eine Wirtschaft, die Erträge optimiert und dabei durchaus auch auf gesunden Egoismus setzt, ohne die Gewinnmaximierung als einziges Ziel zu haben. Eine Wirtschaft, die nicht Selbstzweck ist, sondern die individuelle und die gemeinsame Wohlfahrt fördert.
2. Weil Eigenverantwortung und Solidarität nach Auffassung der AWG keine Gegensätze sind. Eigenverantwortung ist auf dem Hintergrund zu sehen, dass der einzelne Mensch in Familie, Gesellschaft und staatliche Gemeinschaft eingebettet ist. Solidarität wiederum schöpft einen Teil ihres Inhalts daraus, dass die staatliche Gemeinschaft aus Einzelnen besteht, die unterschiedliche Begabungen, Fähigkeiten und Möglichkeiten haben. Daraus folgt der Grundsatz der Subsidiarität: Auf jeder Stufe der staatlichen Gemeinschaft muss ein Maximum an Eigenverantwortung und Freiheit angestrebt werden. Auf jeder Stufe hat man soziale Verantwortung mitzutragen, jeder nach seinen Möglichkeiten und Fähigkeiten.
3. Die AWG kann der Wirtschaft zeigen, was sie unter einem guten Unternehmer versteht: ein guter und tüchtiger Unternehmer, selbstverständlich auch Unternehmerinnen, stellen ihr professionelles betriebswirtschaftliches Verhalten in das Dreieck Marktwirtschaft – gesellschaftliches und politisches Umfeld – Umwelt. Er

schaut voraus, nimmt Entwicklungen vorweg, plant und handelt nachhaltig, weil er oder sie weiss, dass nur so ein optimaler Ertrag und eine optimale Werterhaltung und Wertsteigerung des Unternehmens erzielt wird.

4. Die AWG ist ganz klar der Auffassung, dass das Erzielen von guten Erträgen und Gewinnen und die Steigerung des Unternehmenswerts nicht böse und unmoralisch sind, sondern im Gegenteil die soziale Pflicht des Unternehmers. Ein sozial verantwortlicher Unternehmer muss die Rentabilität seines Unternehmens wahren und nach Möglichkeit steigern. Denn ohne Gewinne gibt es keine Investitionen und Innovation, keine Arbeitsplätze, keine Steuern.

5. Der Unternehmer/die Unternehmerin lebt aber nicht isoliert. Sondern er braucht Mitarbeiter, muss sie richtig auswählen und führen, er kann nicht am Markt vorbeiproduzieren, im Gegenteil. Er muss die staatlichen Rahmenbedingungen beachten. Im besten Fall muss er aber diese Rahmenbedingungen nicht nur beachten, sondern eben mitgestalten. Es gehört in diesem Sinne zu seiner gesellschaftlichen Verantwortung, sich politisch zu interessieren und sich wenn möglich in die Politik einzubringen. Zum richtigen unternehmerischen Verhalten gehört auch das aktive Mitgestalten derjenigen Forderungen, die die Gesellschaft und die Politik an die Wirtschaft und insbesondere an den Unternehmer stellen.

Und damit wäre ich beim zweiten Teil meiner These: warum die CVP die AWG braucht.

Auch hier zuerst eine Feststellung, bevor ich zu den Gründen komme. Mein subjektiver Eindruck ist, dass in der CVP immer weniger Leute politische Verantwortung tragen, die in der Wirtschaft gearbeitet haben, eigene Unternehmen hatten oder haben, Arbeitsplätze schufen und erhalten. Ich rede nicht von den Anwälten und Treuhändern, die noch zwei drei Sekretärinnen haben, die sie administrativ entlasten. Sondern von richtigen KMU Unternehmern.

Es ist natürlich eine Tendenz, die auch bei andern bürgerlichen Parteien festzustellen ist, dass es immer weniger Personen gibt, die das Privileg haben, sich so freizuschaukeln, dass ihnen Zeit für politisches Engagement bleibt. Beides, die Politik und die Wirtschaft, brauchen mehr Zeit als noch vor 20 Jahren, als man noch sogenannte Geschäftsessen über Mittag mehrfach in der Woche und problemlos mit intensivem kulinarischen und alkoholischem Aufwand gestalten konnte, um dann

spätnachmittags noch kurz ins Büro zurück zu kehren, oder wo man in der Politik in Bern jeden Abend sich mehrheitlich zechend durch die Gaststuben durcharbeitete.

Die Zeiten haben sich geändert, und man ist in beiden Welten stärker beansprucht. Aber das Niveau ist dadurch in beiden Welten nicht unbedingt gestiegen. Mehr Zeitaufwand heisst nicht unbedingt mehr Qualität und Professionalität. Und dann kommt es eben immer häufiger vor, dass die Politik Entscheide trifft, die weiter von der Realität derjenigen Personen entfernt sind, die mit diesen Entscheiden arbeiten und wirtschaften müssen. Ein Beispiel: Vor ca. 10 Jahren brach in den USA der Energiekonzern ENRON zusammen, weil deren Manager – nicht deren Unternehmer – mit massiven Bilanzfälschungen den wahren Wert, oder eben die wahren schlechten Verhältnisse – überdeckten, bis es zu spät war. Die Folge, typisch amerikanisch: eine drakonische Regulierungsflut im Buchhaltungs- und Revisionsrecht, allerdings mit den ebenso typisch amerikanischen Leaks in den Gesetzen, die den Unternehmen die Umgehung ermöglichen. Ähnlich wie heute, wo die USA von uns eine viel härtere Finanzplatzpolitik verlangen, als sie selbst, zum Beispiel in Delaware, ihren eigenen Leuten zumuten.

Die Schweiz hat dann ebenfalls das Revisionsrecht angepasst, verschärft, sodass heute praktisch jeder Chüngelizüchterverein administrativen Mehraufwand zu leisten hat, und jedes KMU eine jährliche Risikobeurteilung machen muss, wovon niemand etwas hat, ausser die dafür bezahlten Berater, Revisoren, Treuhänder usw. Ein typisches Beispiel, dass Bern Gesetze macht, wo das wirtschaftliche Know-how und die Bedürfnisse der Wirtschaft nicht genügend berücksichtigt werden, weil man es nicht kennt, und weil es nicht eingebracht wird.

Und da kann die AWG, da muss meines Erachtens die AWG eine sehr wichtige Aufgabe für die CVP erfüllen. Die AWG muss der Ort sein oder werden, wo Personen, Unternehmer, CVPler sich treffen können, austauschen können, wo Begegnungen mit Politikern möglich werden, und wo man – ohne dass man sich gross politisch verpflichten müsste, und ohne dass es enormen Aufwand braucht, die Anliegen direkt in die Politik einbringen kann.

Oder wie es die Charta sagt: Der AWG ist es wichtig, dass die CVP neben der unbestrittenen Werte- und Sozialkompetenz auch über Wirtschaftskompetenz verfügt und diese bewusst pflegt. Die AWG pflegt den Dialog mit andern Vereinigungen der CVP, und vor allem mit den Exponenten der CVP. Sie zielt darauf, dass die CVP klarere Konturen gewinnt. Wer es allen recht machen will, dient am Schluss

niemandem recht. Diese Grundhaltung hindert nicht, sondern verlangt sehr oft, zur Bewahrung der Werte, dass man neue Ideen, neue Mittel, Wege und Formen einsetzen kann und soll, wenn nötig.

Ursprünglich wurde die AWG von CVP Politikern 1982 gegründet, weil sie befürchteten, die CVP drifte zu sehr nach links ab und beteilige sich am Überbieten jener, die den Staat ständig mit neuen Ansprüchen und Forderungen konfrontieren. Die Gründer der AWG wollten dazu beitragen, dass die CVP – bei aller Solidarität zugunsten jener, die wirklich drauf angewiesen sind – in diesem verhängnisvollen Wettbewerb um allumfassende staatliche Leistungen nicht mitmacht, und dass Unternehmer, Gewerbetreibende und Kaderleute aus der Wirtschaft in der CVP nach wie vor eine politische Heimat haben können.

Ob die Gründer ihre Ziele erreicht haben, können Sie selbst beurteilen. Dass es auch heute nötig ist, diese Ziele zu verfolgen und dafür zu arbeiten, ist meine feste Überzeugung. Die CVP braucht die AWG, immer noch, und mehr denn je.

Dass Sie hier in Freiburg wieder einen Anlauf wagen, um diese Ziele zu erreichen, zugunsten der CVP, und zugunsten eines stärkeren Dialogs zwischen Wirtschaft und Politik, dafür gratuliere ich Ihnen ganz herzlich. Damit setzen sie die Tradition der AWG fort, die immer nur dort erfolgreich war und ist, wo sie auf eine engagierte Initiative von einer Gruppe von Personen zählen kann, denen die Schweiz und ihr Erfolg, die Wirtschaft, die ihre politische Verantwortung wahrnimmt, und die CVP wichtig sind.

Und wenn wir dann alle zusammen in etwa 5 Jahren, nach erfolgreichen Wahlen 2015, sagen können, dass der Beginn des turnarounds für die CVP auch etwas damit zu tun hatte, was Sie heute gründen, dann können Sie mich gerne wieder einmal einladen, zusammen mit meinem Nachfolger als Präsident AWG, und dann können wir uns gegenseitig bestätigen, dass das, was wir da tun und taten, sich auch gelohnt hat.

Dazu wünsche ich Ihnen viel Erfolg und viele gute Erlebnisse im Kreise der AWG und der CVP – die es beide braucht, wenn unser Land weiterhin so gut dastehen soll, wie es heute da steht.

Gerhard Pfister, Nationalrat CVP ZG